



# der Hacho

Die SPD in Oberhaching



Dezember 2016

Auflage 6.000

## WOHNEN IN OBERHACHING



### Bezahlbares Wohnen in Oberhaching erfordert neue Lösungsansätze

Eine der größten Herausforderungen für die Gemeinde Oberhaching ist und bleibt die angespannte Situation am Wohnungsmarkt. Derzeit werden am freien Immobilienmarkt nur wenige Grundstücke angeboten und wenn, dann zu einem extrem hohen Quadratmeterpreis von €1.500 oder mehr. Auch am Mietmarkt sieht es nicht besser aus. Hier liegen die durchschnittlichen Preise bei etwas über € 13 pro Quadratmeter und damit nahezu auf Münchner Niveau. Viele Oberhachinger können daher im Augenblick am freien Wohnungs- und Immobilienmarkt keine passende Wohnung finden. Dies gilt insbesondere für Familien, für junge Menschen, für Senioren und für Menschen, die weder über Vermögen noch über besonders hohe Einkünfte verfügen.

Seit Jahren versucht die Gemeinde durch die immer wieder gleichen Mittel, diesen Missstand zu beheben. Es werden in regelmäßiger Folge Einheimischenmodelle aufgelegt und Mietwohnungen für Einheimische gebaut.

Dies war bislang allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein und konnte keinesfalls für alle Bevölkerungskreise zufriedenstellende Lösungen liefern.

Mietwohnungen für Einheimische sind an Einkommensgrenzen gebunden. Wer darüber liegt – und sei es auch nur geringfügig – kommt nicht zum Zuge. Abgesehen davon, dass der Bestand an Wohnungen auch für den berechtigten Personenkreis bei weitem nicht ausreicht.

Der Erwerb von Grundstücken im Rahmen des Einheimischenmodells erfordert trotz des stark subventionierten

Grundstückspreises von € 720 pro Quadratmeter einen Finanzbedarf für das Gesamtprojekt einschließlich der Baukosten von mehr als € 500.000,-. Dies ist nur für vermögende und gutverdienende Familien zu stemmen.

In Oberhaching werden dagegen keine Modelle für Personen angeboten, die zu viel verdienen für ein Mietobjekt im Einheimischenmodell und zu wenig, um ein selbst ein Grundstück zum Hausbau erwerben zu können. Es ist längst überfällig, hier zu korrigieren. Diese Förderungslücke muss geschlossen werden. Hierbei müssen alle Möglichkeiten, die die derzeitige Rechtslage zulässt, ausgeschöpft werden. Warum wurde seitens der Gemeinde noch nicht über genossenschaftlichen Wohnungsbau nachgedacht? Warum wurden noch keine Grundstücke im Rahmen der Erbpacht vergeben? Auch andere Gemeinden gehen den Weg, Mieten und Grundstückserwerb im Rahmen von Einheimischenmodellen mit einer dritten Säule zu flankieren. Bedarf seitens der Bürger besteht jedenfalls – es bleibt rätselhaft, warum die Gemeinde hier nicht aktiv wird.



Martina Faltermeier



**MEINE STIMME FÜR  VERNUNFT**



## ORTSGESTALTUNGSSATZUNG

Bereits letztes Jahr sollte unsere Ortsgestaltungssatzung – besser bekannt unter Ortsbausatzung – überarbeitet und vom Gemeinderat verabschiedet werden. Stattdessen wurde die Geltungsdauer heuer ein zweites Mal verlängert.

Die Satzung entstand in einer Zeit in der in der Nachbargemeinde Taufkirchen die ersten Hochhäuser entstanden. Auch Oberhaching sollte stark wachsen, dies wäre aber nur mit hohen Häusern zu bewältigen

gewesen. Dagegen regte sich Widerstand in der Bürgerschaft.

Eine auch außerhalb Oberhachings vielbeachtete Baufielbe wurde erarbeitet, die örtliche Gestaltungssatzung beschlossen.

Im Rahmen einer gut besuchten Diskussionsveranstaltung des SPD Ortsvereins zu diesem Thema wurde eine Rückschau auf die Entstehung der Satzung gehalten. Bei der anschließenden engagierten Diskus-

sion herrschte die einhellige Meinung, dass die örtliche Gestaltungssatzung Oberhaching davor bewahrt hat, ein gesichtsloser Vorort von München zu werden.

Allerdings stellt sich immer mehr die Frage ob alle Punkte noch Zeitgemäß sind und welchen Sinn diese Satzung hat, wenn die Einhaltung von Seiten der Gemeinde nicht kontrolliert wird. Es kann damit auch nicht verhindert werden, dass sich Gebäude optisch nicht besonders in die Umgebung einfügen. Zudem stellt die Nachverdichtung die Kommune vor neue Herausforderungen!

Die Satzung wird nun nicht alleine durch die Gemeindeverwaltung überarbeitet. Vielleicht hat auch unsere Veranstaltung dazu beigetragen, dass es hierzu einen Workshop für die Gemeinderäte mit fachlicher Begleitung geben wird.



Margit Markl



## GEHT DOCH!

Seit Jahren kämpfen die Anwohner im Bereich Tölzer Straße - Bergstraße gegen überhöhte Geschwindigkeit und belastenden Verkehrslärm. Mehrere Vorstöße beim Landratsamt, eine durchgehende Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50km/h in der gesamten Tölzer Straße zu erreichen, wurden abgelehnt. Dazu kommt, dass sich viele Autofahrer wenig nach den Geschwindigkeitsvorgaben richten und mit weit überhöhtem Tempo ihren sportlichen Fahrstil pflegen. Eine Geschwindigkeitsanzeige sollte das Bewusstsein schärfen, wenigstens das vorgeschriebene Tempo 50 im Bereich der Einmündung der Bergstraße einzuhalten. Deshalb stellte die SPD-Fraktion im November 2015 den Antrag,



dauerhaft zwei Geschwindigkeitsanzeigen zu installieren.

Der Antrag wurde im Umwelt- und Verkehrsausschuss einstimmig angenommen und die erforderlichen Mittel im Haushalt 2016 bereitgestellt. Inzwischen sind die Anzeigen gut platziert und deutlich sichtbar. Viele Autofahrer reagieren darauf und bemühen sich, das Tempolimit zu beachten. Die Entlastung tut allen Anwohnern gut.

Gegen die unverbesserlichen Raser kommt man damit natürlich nicht an. Dazu wären wohl gelegentliche Geschwindigkeitskontrollen notwendig. Und vielleicht lässt sich die durchgängige Reduzierung auf 50 km/h doch noch realisieren.



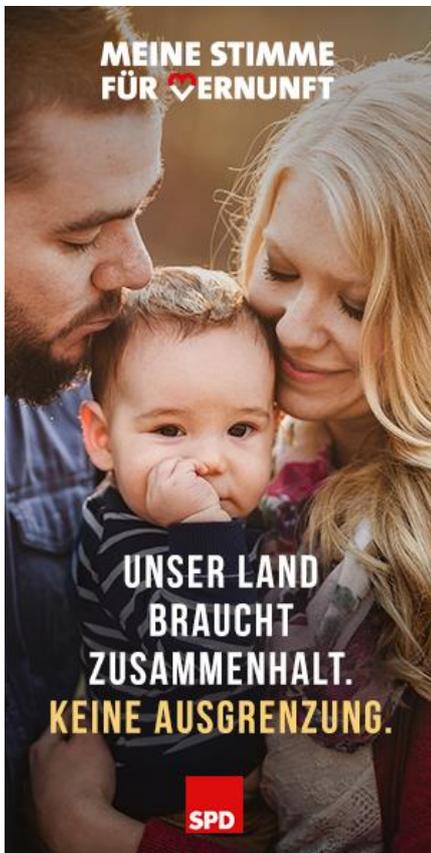
Karin Wachten

**MEINE STIMME FÜR  VERNUNFT**

## GEOTHERMIE, KLIMASCHUTZ UND MIGRATION

Der Auftrag der Pariser Klimaschutzkonferenz (COP 21) spiegelt die ernste Situation wieder, in der wir uns befinden: Die Erderwärmung ist bis 2100 möglichst auf 1,5° C zu begrenzen. Bei einer Erwärmung um 2° C gegenüber vorindustriellen Werten, das hat der Weltklimarat immer wieder bekräftigt, sind lokale wie globale Ökosysteme in ihrer Funktions- und Anpassungsfähigkeit bedroht und damit die biologische Vielfalt sowie die Lebensgrundlagen von 500 Millionen Menschen gefährdet. Überschreitet man die 2°C, so werden zwei Milliarden Menschen anderswo ihre Lebensgrundlagen suchen müssen. Dagegen sind heutige Flüchtlingsbewegungen unerheblich.

Ab sofort dürften die Industrienationen durch Verbrennen von Erdöl, Erdgas und Kohle kein zusätzliches CO2 mehr in der Atmosphäre ablagern. Das trifft für Elektrizität, Wärme und Mobilität zu. Um die Wärmewende zu schaffen müsste mit der besseren Effizienz von Gebäuden eine stärkere Nutzung von



Erneuerbaren Energien wie z. B. Geothermie einhergehen. Letzteres verhindert der derzeit bevorzugte Einsatz billig gewordener fossiler Energie. Die ist nur scheinbar billig, denn über Reparaturen für Schäden durch den Klimawandel (Hochwasser, Sturmschäden, Gesundheit, Ernteauffälle etc.), Militärausgaben und Bewältigung weltweiter Flüchtlingsströme wird uns anderweitig das Geld aus der Tasche gezogen.

Das Wärmepotenzial der Geothermie in Deutschland beträgt weit mehr als das 1000-fache des Jahresbedarfs. Die Region München hat durch intensive Nutzung der Tiefen Geothermie ein Zeichen gesetzt. Das ist weltweit einmalig, was Kommunen hier leisten und dies bei bisher nur geringen finanziellen Förderungen durch den Staat, ohne staatliche Risikoabsicherung und Bürgschaften, die es z.B. in den siebziger Jahren für Erdöl- und Erdgasbohrungen in Deutschland gab.

Erst das Marktanzreizprogramm 2015 stellt Fördermittel für die Tiefbohrungen zur Wärmegewinnung und für erdgebundene Wärmepumpen bereit. Kontraproduktiv ist aber die staatliche Unterstützung von Heizöl- und Gasbrennwertkesseln durch das bayrische „10.000 Häuserprogramm“, in dem man die Förderung eines Fernwärmeschluss an die Geothermie vergeblich sucht.

Im Hachinger Tal haben wir mit drei Geothermie Heizkraftwerken, die aufgrund des geothermischen Potentials noch ausbaufähig sind, für eine CO2- und feinstaubfreie Wärmeversorgung beste Voraussetzungen. Prinzipiell sind alle drei Anlagen miteinander vernetzt, aktiv jedoch nur die Erdwärme Grünwald und die Geothermie Unterhaching. Die Betreiber helfen sich im Bedarfsfall mit Geothermiewärme aus.

Nur im Notfall muss Heizöl eingesetzt werden. Zudem betreiben beide je ein hocheffizientes erdgasbetriebenes Blockheizkraftwerk (BHKW) zur stabilen

Eigenstromversorgung und nutzen somit noch die Wärme aus den BHKWs. Die Gemeindegewerke Oberhaching beziehen die Wärme von der Geoenergie Taufkirchen, an der sie 26% Anteil haben. Für einen Anschluss an das Netz Grünwald – Unterhaching gibt es eine Übergabestation. Ein Anschluss an diese Übergabestation würde die Sicherheit der Wärmelieferung in Oberhaching erhöhen und den Einsatz von Heizöl für den Bedarfsfall stark reduzieren.

Das wäre auch ein weiterer Schritt für die Gesamtvernetzung der 13 Geothermie- und drei Biomasseanlagen im Landkreis München. Auf Dauer könnte der Landkreis zu 100% CO2-frei bzw. CO2-neutral mit Wärme versorgt werden. Eine Vernetzung mit der Fernwärme der Landeshauptstadt (drei Geothermieanlagen im Landkreis sind im Besitz der SWM), die bis spätestens 2040 ihre Fernwärme nur mit Geothermie versorgen wird, wäre ebenso möglich.

In Oberhaching sollte jetzt das Angebot an Geothermiewärme genutzt werden, trotz der scheinbar günstigen Öl- und Gaspreise. Der dadurch generierte lokale Wirtschaftskreislauf kann auf Dauer Finanzmittel für die Gemeinde erwirtschaften.

Das Geld ginge nicht dorthin, wo man damit Waffen kauft oder Kriege finanziert und so einen Wirtschaftskreislauf in Gang setzt, der uns immer mehr Finanzen für eigene Bedürfnisse entzieht, uns von Energieimporten abhängig sowie geopolitisch erpressbar macht. Papst Franziskus hat in seiner Enzyklika „Laudato si“ an alle Menschen, die guten Willens sind, appelliert, den Schrei der Erde zu hören und nach dem Motto „Wir sind Erde“ zu handeln. Das gilt auch für Oberhaching.



Erwin Knappek

## „ARBEIT 4.0 – WIE WERDEN WIR IN ZU-KUNFT ARBEITEN?“

„Arbeit 4.0 – Wie werden wir in Zukunft arbeiten?“ Um diese Frage zu diskutieren, luden die Jusos München-Land und die SPD Oberhaching in die Gaststätte Weissbräu in Deisenhofen ein.

sein, sondern durch künstliche Intelligenz auch bestimmte Entscheidungen selbst treffen können. Für einige Bereiche, wie zum Beispiel den Pflegebereich, dessen Arbeitskräfte durch die



v.l.n.r. K. Cobbe, R. Oesmann, M. Geigenberger, M. Schmeltzer, M. Markl, T. Heberlein

Um die ca. 30 Gäste an das Thema heranzuführen, hielt Rainer Oesmann, stellvertretender Vorsitzender der SPD München-Land, ein Inputreferat über Digitalisierung und ihren Einfluss auf die Arbeitswelt.

Dabei fällt auch der Begriff „Arbeit 4.0“. Dieser ist angelehnt an den Begriff „Industrie 4.0“ und bedeutet, dass nach der ersten (Mechanisierung), zweiten (Massenfertigung) und dritten (Digitalisierung) industriellen Revolution, die „vierte industrielle Revolution“ stattfindet.

Die große Neuerung ist hierbei die Vernetzung von Menschen und Maschinen untereinander und miteinander. Dass sich diese Vernetzung, und auch die trotzdem weiter fortschreitende Digitalisierung, auch massiv auf die Arbeitswelt auswirken und auswirken werden hat man mittlerweile erkannt. Die Art in dieser „vierten industriellen Revolution“ zu arbeiten, nennt man analog „Arbeit 4.0“. In Oesmanns Vortrag wird schnell klar, wie krass sich die menschliche Arbeit ändern wird, denn man ist durch Smartphones etc. Immer und überall erreichbar und in seiner Arbeit kaum noch an Standorte gebunden.

Auch wird die Technik nicht mehr nur reine Hilfestellung für den Menschen

ansteigende Überalterung und durch Nachwuchssorgen stark überlastet sind, werden Pflegeroboter wohl eine hoffnungsvoll erwartete Ergänzung zu menschlichen Pflegern darstellen.

Dass die zunehmende Technisierung und Vernetzung auch ihre Schattenseiten hat wird klar, wenn man sich Prognosen im produzierenden Bereich ansieht. Insbesondere dort werden viele Arbeitsplätze, auf denen Mitarbeiter ohne oder mit geringer Ausbildung eingesetzt sind, wegfallen. In der Konsequenz wird eine gute Ausbildung in Zukunft eine noch viel größere Bedeutung haben, als sie dies bereits tut.

Hier ist die Politik gefordert, Ausbildung so zu gestalten, dass Absolventen auch in Zukunft in der Arbeitswelt zurechtkommen und niemand durch die zunehmende Autonomie von Produktionsrobotern arbeitslos wird. Aber nicht nur im Bereich Ausbildung, sondern auch in Sachen Arbeitsschutz, gibt es in einer globalisierten und vernetzten Arbeitswelt großen Nachholbedarf.

Wie geht man damit um, dass Arbeitnehmer immer erreichbar sind und Arbeitsplätze problemlos ins Ausland „outgesourced“ werden können? Nötig sind wohl global geltende Sozialstandards, um Arbeitnehmer, aber auch den

Mittelstand und dessen Innovationskraft, wirkungsvoll zu schützen. An diesem Punkt ist man aber leider noch lange nicht angekommen.

Allein in Deutschland gibt es im Bereich Digitalisierung keine einheitliche Zuständigkeit. Auf Bundesebene mischen hier fünf Ministerien mit. Damit gelangt Rainer Oesmann auch zu seinem Fazit: Gerade Deutschland, sonst immer führend bei technologischen Neuerungen, hinkt bei der Digitalisierung europaweit und auch weltweit hinterher. Die deutschen Regelungen zum Arbeitsschutz dürften schon in naher Zukunft den tatsächlichen Bedingungen am Arbeitsplatz nicht mehr gerecht werden.

Im Anschluss zum Vortrag fand zum Thema noch eine Podiumsdiskussion statt. Auf dem Podium vertrat Marcel Schmeltzer die Jusos in der von Kevin Cobbe moderierten Diskussion. Tobias Heberlein, Personalchef bei der Azubiyo GmbH, stellte seine Ansichten als Arbeitgeber dar. Melanie Geigenberger, DGB-Jugendsekretärin, trat hingegen für gewerkschaftliche Interessen ein.

Viele leidenschaftliche Beiträge kamen auch aus dem Publikum: So freuen sich manche über die Möglichkeiten, die flexible Arbeitszeiten und Home Office für sie und ihre Familie eröffnen. Andere stehen der voranschreitenden Vermischung von Heim und Arbeitsplatz und der ständigen Erreichbarkeit auch in der Freizeit skeptisch gegenüber. Auch haben manche Sorge vor einer neuen Welle der Massenarbeitslosigkeit.

Auf einen Punkt können sich jedoch alle einigen: Neue technologische Entwicklungen können und müssen verwendet werden, um die Gestaltung von Arbeit am Menschen auszurichten und nicht anders herum. Von der zukünftigen Arbeitswelt werden gemeinsam die deutschen Arbeitnehmer\*innen, Unternehmen und der Industriestandort Deutschland profitieren, solange man frühzeitig die Risiken des technischen Fortschritts erkennt und diesen versucht sozialverträglich zu lenken.

*Kevin Cobbe*

## BELA BACH

Liebe Leserin, lieber Leser,

das Jahr 2016 war für uns alle ein politisch ereignisreiches Jahr. Fast eine Million Menschen haben in kurzer Zeit Zuflucht bei uns gefunden. Der Landkreis München hat sich dabei durch das ehrenamtliche Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger ausgezeichnet, das bundesweit seines Gleichen sucht. Zeitgleich mussten wir aber auch das Erstarren fremdenfeindlicher Ressentiments und rechter Gruppierungen beobachten. Die Ansage „wir schaffen das“ ist die eine Seite der Medaille, die andere Seite besteht aber darin, das soziale Auseinanderdriften unserer Gesellschaft zu verhindern; Verteilungskämpfe am angespannten Münchner Wohnungsmarkt und auch bei den Sozialleistungen zu verhindern.

Aus diesem Grund habe ich mich dazu entschieden, wieder als Direktkandidatin der SPD für den Deutschen Bundestag anzutreten und selbst Verantwortung zu übernehmen. Der Wahlkreis München-Land liegt mir persönlich sehr am Herzen, da ich hier aufgewachsen bin und auch mein politisches Engagement hier begonnen hat.

Ich bin am 30. September 1990 geboren und in Planegg im Südwesten des Landkreises aufgewachsen. Im Jahr 2008 bin ich in die SPD eingetreten und engagiere mich seither für die SPD auf Kreisebene. Seit der Kommunalwahl 2014 bin ich Gemeinderätin meiner Heimatgemeinde Planegg und darf mich darüber hinaus auch als Kreisrätin für die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger des Landkreises München einsetzen.

Viele Fehler und Baustellen der Bundespolitik spüren wir auch bei uns vor Ort. Seien es die Kosten der Integration, die zu großen Teilen den Kommunen aufgebürdet werden, der angespannte Wohnungsmarkt



oder die zweite S-Bahn-Stammstrecke.

Gerade Pendlerinnen und Pendler aus dem Landkreis München, werden vom Bau der zweiten Stammstrecke am meisten profitieren. Es kann nicht sein, dass der öffentliche Personennahverkehr so fehleranfällig ist, wie wir es heute erleben. Deswegen muss der Bau der 2. Stammstrecke nach der Einigung nun endlich zügig vorangetrieben werden.

Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums ist für uns im Ballungsraum München die größte soziale Frage. Dank der Mietpreislösung, die wir als SPD in der Großen Koalition eingeführt haben, konnte das ungebremste Steigen der Mieten verlangsamt werden.

Dies ist jedoch noch nicht ausreichend, vielmehr brauchen wir eine Wohnbauoffensive, die für junge Familien, Alleinerziehende und junge Leute bezahlbaren Wohnraum schafft. Deswegen brauchen wir eine Erhöhung der Mittel für Städtebauförderung, eine Förderung des genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungsbaus und auch eine Absenkung der Baustandards. Büro-

kratische und formale Hürden dürfen kein Hindernis bei der Schaffung von Wohnraum sein. Insbesondere dürfen Grundstückspreise nicht entfesselten Marktkräften, ausländischen Investoren oder Kapitalanlegern überlassen werden. Wenn die Preisfindung über Angebot und Nachfrage nicht funktioniert, sondern zu regelrechten Preisexplosionen führt, dann braucht es eine verfassungskonforme Möglichkeit, Grundstückspreise in Regionen mit angespannter Wohnungssituation deckeln zu können.

Ich hoffe, dass ich Ihnen einen Eindruck von meiner Person und meinen politischen Vorstellungen vermitteln konnte. Ich freue mich auf den gemeinsamen Wahlkampf 2017 und bedanke mich im Voraus für Ihr Vertrauen und die Unterstützung meiner Kandidatur.

Herzlichst

Ihre Bela Bach

Direktkandidatin für den Deutschen Bundestag

und Vorsitzende der SPD im Landkreis München

Weitere Informationen finden Sie auf der Website [www.bela-bach.de](http://www.bela-bach.de)

## Die Gemeinderäte der SPD wünschen Ihnen alles Gute für 2017



Dr. Erwin Knappek, Karin Wachten, Bernd Schubert, Margit Markl und Leo Reiter



### Impressum

Herausgeber:

© SPD-Ortsverein Oberhaching  
 Email: [info@spd-oberhaching.de](mailto:info@spd-oberhaching.de)  
 Redaktion (verantwortlich): M. Markl  
 St.-Rita-Weg 17, 82041 Oberhaching  
 Gestaltung, Layout, Satz: W. Stadler

### der Hacho

ist das Mitteilungsblatt des SPD Ortsvereins für alle Bürger der Gemeinde Oberhaching. Er erscheint in unregelmäßiger Folge. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des Autors, nicht in jedem Fall die der Redaktion wieder.

# Tritt ein

# für

# DEMOKRATIE



München-Land



Mitglied werden unter  
[eintreten.spd.de](http://eintreten.spd.de)